



Für das Klima: eine gerechte Steuer, nicht nur eine Steuer

Les notes du conseil d'analyse économique, no 50, März 2019

Die Notwendigkeit, die globale Erwärmung zu bekämpfen, scheint in unserem Land angesichts von Umfragen, denen zufolge 85 % der Franzosen über die globale Erwärmung besorgt sind (Französisches Meinungsforschungsinstitut, IFOP, Oktober 2018), konsensuell zu sein. Die Dringlichkeit und Notwendigkeit eines globalen Ansatzes für alle CO₂-Emissionen wird vom *Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat* (GIEC, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) bekräftigt. Andererseits, wie die Protestbewegung für gelbe Westen zeigt, die mit der Erhöhung der CO₂-Steuer begann, wird die Umweltpolitik nach wie vor ausführlich diskutiert. Die Umweltsteuer schien eine zusätzliche Steuer zu sein, die eher aus haushaltspolitischen Erwägungen als aus der Klimapolitik motiviert war. Sie wurde auch als ungerecht angesehen, insbesondere gegenüber den am wenigsten wohlhabenden Haushalten und denjenigen mit wenigen Alternativen, zum Beispiel auf ihren Verkehrsmitteln. Aber ohne eine CO₂-Steuer werden wir unsere CO₂-Emissionsminderungsziele bis 2030 nicht erreichen. Die Herausforderung besteht daher darin, wichtige Änderungen vorzuschlagen, um ein effektives und faires System aufzubauen. Effizienz erfordert, dass das Preissignal gesichert wird und Gerechtigkeit verlangt, dass die Kostenteilung für Umweltmaßnahmen gerecht ist.

Ausgangspunkt dieser Mitteilung ist eine detaillierte Analyse der simulierten Auswirkungen von Umweltsteuern auf die Kaufkraft der Haushalte anhand von drei Schlüsselkriterien: Einkommen, Standort und Ausstattung (Verkehr oder Heizung). Das Ziel im Hinblick auf die Gerechtigkeit, das wir uns für eine Reform gesetzt haben,

besteht darin, die Zahl der verlorenen Haushalte in den ersten fünf Dezilen so weit wie möglich zu verringern, nachdem die Steuern und Ad-hoc-Subventionen, die den Gerätewechsel fördern, umverteilt wurden. Wir zeigen, dass durch die Rückführung des vollen Steueraufkommens in Form von Transfers an Haushalte nach Einkommen (zugunsten der ersten fünf Dezile) und Standort (zugunsten von ländlichen Gemeinden und kleinen städtischen Gebieten) dieses Ziel erreicht werden kann. Viele Haushalte mit niedrigem Einkommen sehen sogar einen Anstieg ihrer Kaufkraft. Wir schlagen auch vor, dass mit diesem neuen Instrument zur Reform des Energieschecks die obligatorische Zuweisung des Schecks zu den Energieausgaben aufgehoben wird.

Wir schlagen auch vor, die Ökosteuerebemessungsgrundlage wirksam zu verbreitern, indem wir ausgenommene Sektoren mit Maßnahmen einbeziehen, die zur Aufrechterhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erforderlich sind. Mit dem gleichen Ziel, die Emissionen zu reduzieren, ist es möglich, das Wachstum der CO₂-Steuerrate in den kommenden Jahren zu verlangsamen. Schließlich schlagen wir Mechanismen vor, um die Auswirkungen der steigenden Ölpreise abzumildern.

Die Umweltpolitik erfordert einen Mix von Instrumenten, die sich ergänzen: Kohlenstoffsteuer und Umverteilung an die Haushalte zuerst, aber auch Vorschriften, Umwandlungssubventionen und öffentliche Unterstützung für Innovation und grüne Investitionen. Letztere müssen einer ex-ante wirtschaftlichen Bewertung oder kleinen Versuchen unterzogen werden, um ihre Kosten mit der Anzahl der vermiedenen Tonnen Kohlenstoff zu vergleichen.

Dieser Bericht gibt die persönliche Meinung der Autoren wieder und nicht notwendigerweise die des Rates

^a Conseil économique pour le développement durable (CEDD, Französischer Wirtschaftsrat für nachhaltige Entwicklung), Korrespondent der CAE; ^b Paris School of Economics (PSE) und CNRS; ^c Paris School of Economics (PSE) und Universität Paris 1, Mitglied des CAE.

Empfehlungen

Empfehlung 1. Verteilen Sie alle neuen CO₂-Steuereinnahmen, die von Haushalten getragen werden, mit abnehmenden Transfers mit dem Einkommen und unter Berücksichtigung der geografischen Disparitäten. Darüber hinaus sollten Mechanismen zur Unterstützung der Umstellung der umweltschädlichsten Geräte für die am stärksten gefährdeten Haushalte eingerichtet werden.

Empfehlung 2. Den Klima-Energie-Beitrag weiter erhöhen, indem man sich darauf konzentriert, der Öffentlichkeit seine Themen und Mechanismen zu erläutern. Verbreiterung der Basis durch einheitliche Anwendung der Steuer auf der Ebene des Raffinerieausstiegs ohne Freistellungs- oder Erstattungsmechanismus. Widmen Sie die neuen Einnahmen der Unterstützung der betroffenen Sektoren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Empfehlung 3. Auf europäischer Ebene sollte der Marktpreis für Zertifikate im Rahmen des EU-ETS an das für inländische Emissionen vorgesehene Niveau angepasst werden, wobei das bestehende System durch einen Mindestpreis ergänzt wird.

Empfehlung 4. Festlegung der Regeln für die Verwendung des Rezepts vor der Preistrajektorie, begleitet von einer breiten Kommunikation mit der Öffentlichkeit, um das gemeinsame Projekt aufzubauen. Einführung eines Mechanismus, um diese Entwicklungen einzufrieren, wenn die Emissionsminderungsziele überschritten werden.

Empfehlung 5. Um die Haushalte vor extremen Ölpreisschwankungen zu schützen, passen Sie den *Taxe intérieure de consommation sur les produits énergétiques* (TICPE, Verbrauchssteuer auf Energieprodukte im Inland). Wiederherstellungspfad vorübergehend an oder schlagen Sie einen spezifischen Deckungsmechanismus für die am stärksten gefährdeten Haushalte vor.

Empfehlung 6. Zusätzlich zur CO₂-Preisgestaltung Innovations- und Umweltprojekte unterstützen. Vorlage der Auswahl dieser Projekte, der entsprechenden Förderprogramme und technischen Vorschriften zur ex-ante wirtschaftlichen Bewertung oder kleiner Experimente, um ihre Kosten mit der Anzahl der vermiedenen Tonnen Kohlenstoff zu vergleichen.



**conseil d'analyse
économique**

Der Conseil d'Analyse Économique (CAE) wurde im Auftrag des französischen Premier Ministre gegründet und soll durch die Gegenüberstellung der Gesichtspunkte und Analysen der Mitglieder des CAE ein besseres Verständnis der Entscheidungen der französischen Regierung im Wirtschaftssektor ermöglichen.

Stellvertretender Vorsitzender Philippe Martin

Generalsekretär Hélène Paris

Wissenschaftliche Berater

Jean Beuve, Clément Carbonnier,
Claudine Desrieux

Studienbeauftragter/Ökonom

Samuel Delpeuch, Étienne Fize

Mitglieder Yann Algan, Emmanuelle Auriol,
Stéphane Carcillo, Gabrielle Fack, Élise Huillery,
Sébastien Jean, Camille Landais, Philippe Martin,
Thierry Mayer, Anne Perrot, Thomas Philippon,
Corinne Prost, Xavier Ragot, Katheline Schubert,
Claudia Senik, Stefanie Stantcheva, Jean Tirole, Farid Toubal

Korrespondent

Dominique Bureau

Veröffentlichungsdirektor Philippe Martin

Chefredakteur Hélène Paris

Elektronische Veröffentlichung Christine Carl

Pressekontakt Christine Carl

Ph: +33(0)1 42 75 77 47
christine.carl@cae-eco.fr